

Krym-Okkupation

Am 22. Februar 2014 floh der damalige Präsident Janukowitsch aufgrund des Drucks der Maidan-Proteste aus Kiew. Ebenfalls gingen sowohl Befürworter als auch Gegner auf der ukrainischen Halbinsel Krim auf die Straße. Am 27. Februar besetzten schließlich bewaffnete Einheiten zentrale Punkte auf der Krim. Es kann davon ausgegangen werden, dass es sich bei den Soldaten ohne Rang auf den Uniformen um russische Spezialeinheiten handelt. Regionalparlament und das Gebäude der Regionalregierung in der Hauptstadt Simferopol waren kurz darauf fest in ihrer Hand. Zudem wurde an mehreren offiziellen Gebäuden die russische Flagge gehisst. Ohne Zustimmung des ukrainischen Präsidenten wurde daraufhin der Politiker Sergej Aksjonow von der Partei „Russische Einheit“ zum neuen Chef der Regierung. Am 6. März wurde vom neu eingesetzten Parlament beschlossen die Halbinsel an die Russische Föderation anzuschließen. Gleichzeitig wurde für den 16. März ein Referendum angesetzt, in dem die mehrheitlich russischsprachige Bevölkerung über den künftigen Status der Krim entscheiden sollte. Zum einen stand der Anschluss der Krim an Russland im Raum und zum anderen die Wiederherstellung der Verfassung von 1992 mit der Krim als Teil der Ukraine. Der Verbleib als Autonome Republik stand allerdings nicht zur Auswahl. Große Rätsel wirft zudem der Ausgang der Abstimmungsergebnisse auf. Zu diesem Zeitpunkt bezeichneten sich 62,9 % der Einwohner der Krim als Russen. Jedoch stimmten mehr als 95% der Wähler für einen Anschluss an Russland. Kurz darauf wurde der Vertrag zur Eingliederung der Krim zwischen Wladimir Putin und den Vertretern der Regionalregierung unterschrieben. Eine Reaktion der restlichen Welt blieb nicht aus. Sowohl die USA als auch die Europäische Union erließen mehrfach Sanktionen gegen staatliche und nicht-staatliche Akteure in Russland. Am 27. März 2019 fand eine Generalversammlung der Vereinigten Staaten statt, welche das Referendum auf der Krim letztendlich für ungültig erklärte. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages stellt 2017 fest, dass die Russische Föderation mit der Aneignung der Krim einen sogenannten „völkerrechtswidrigen Gebietswechsel“ begangen habe. Ebenso wie das Auswärtige Amt bezeichnete auch die Europäische Union die Aneignung der Krim als „völkerwidrige Annexion“. Einzige Ausnahme bilden einige enge Verbündete der Russischen Föderation, welche die Krim als russisches Hoheitsgebiet anerkennen. Die russische Regierung allerdings sieht den Ausgang des Referendums als eindeutig an und distanziert sich stark vom Begriff Annexion. Stattdessen ist sie der Meinung, dass sie eine Schutzverpflichtung gegenüber den in der Ukraine lebenden Russen haben und versuchen dies mit geschichtspolitischen Argumenten zu legitimieren.